

82

H. GR. Dr. v. Dorn bittet die P. T. Herren Kollegen um möglichst ausführliche Wiedergabe des nachfolgenden Antrages, den er in der gestrigen Gemeinderatsitzung eingebracht hat:

Ein Teuerungsausschuß. GR. Dr. Dorn hat in der gestrigen Gemeinderatsitzung nachstehenden Antrag eingebracht: Schwer lastet die Teuerung der wichtigsten Verbrauchsartikel auf der gesamten Bevölkerung, insbesondere aber auf den Mittelstände und den minder bemittelten Klassen und allgemein sucht man nach Mitteln, diesen Uebelstände abzuheben. Bei der Erforschung der Ursachen ergibt sich nun, daß dieselben teils natürlicher Art, teils künstliche sind. Die natürlichen Ursachen liegen in den ungünstigen Veränderungen des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage hervorgerufen durch Minderproduktion hauptsächlich der Nahrungsmittel (schlechte Ernte, Verminderung der Viehproduktion u. dgl.) sowie durch Vermehrung der Bevölkerung und Erhöhung der Ansprüche an die Lebenshaltung. Hinsichtlich dieser Ursachen ist zu erwarten, daß im Laufe der Zeit auch wieder eine natürliche Ausgleichung sich ergeben wird, wie ja dies die Erfahrung aus früheren Teuerungsepochen zeigt. Erschwert wird jedoch die Lage - wie dies aus den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit erhellt - durch verfehlte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Handels- und Zollpolitik, wodurch teils unmittelbar, teils mittelbar (wie durch Erleichterung der Kartellbildung) eine großenteils ganz unangelegentlich Erhöhung der Preise herbeigeführt wird und die Tendenz einer übermäßigen Begünstigung gewisser Produzenteninteressen und Verantwortlicher Vernachlässigung der Konsumenteninteressen sich geltend macht. Nun aber beginnt man in den Kreisen der Regierung bereits sich mit der Vorbereitung der handelspolitischen Aktion für den Zeitpunkt des Ablaufes des Ausgleiches mit Ungarn und der geltenden Handelsverträge im Jahre 1917 zu befassen und es erscheint in der Tat als sehr zweckmäßig, die Grundlagen und Ausgangspunkte für die seinerzeitigen Verhandlungen möglichst bald unter Berücksichtigung der Interessen der heimischen Volkswirtschaft und der mit den bestehenden Verträgen gemachten Erfahrungen festzustellen. Auch hört man schon von Berührungen und Beratungen mit den Fach- und Interessentenkreisen worunter man aber gewohnheitsmäßig wahrscheinlich auch diesmal nur die Produzentenkreise versteht. Die Konsumenteninteressen, welche unter der heutigen Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen so schwer gelitten haben, noch leiden und auch weiterhin mindestens bis 1917 leiden werden, scheinen bis nun ohne richtige Vertretung gelassen zu sein; dies ist übrigens leicht

festzustellen, wenn die sogenannten Lieferversuchsweise im Labor gerufenen Konsumentenorganisationen zwar hier und da auf einzelnen Preisbildungen Einfluß nehmen können, aber nach der ganzen Sachlage niemals eine konzentrierte Stoßkraft zu erzeugen im Stande sind, welche stark gebogen wäre. Faktoren, welche die Handelspolitik machen, einen wirksamen Druck ausüben. So bleiben also die Konsumenten, wenn sich ihrer niemand annimmt, einzig auf die Hoffnung angewiesen, daß die Beamten, welche das Wohl der Allgemeinheit zu vertreten berufen und verpflichtet sind, in der Führung der Verhandlungen auch ihrer Gedanken wegen - eine Hoffnung, auf deren Erfüllung die Zuversicht wohl nicht allzu hoch eingeschätzt werden kann.

Einige Aussicht auf eine für die Konsumenten günstige Wandlung kann nur erwartet werden, wenn ihre Interessen rechtzeitig von hiesu berufenen Körperschaften vertreten werden, deren Stimme nicht überhört werden kann; solche berufenen Körperschaften sind aber in erster Linie die Gemeindevertretungen der großen Städte, in welchen der überwiegende Teil der Bevölkerung unter der Betätigung durch die Selbstsucht der privilegierten Produzentenkreise, insbesondere der Agrarier so arg zu leiden hat. Es erscheint daher als eine dringende Pflicht der Stadtvertretungen, sich mit den einschlägigen Fragen eingehend zu befassen, die Wirkungen der übertriebenen Produzentenbevorzugung auf die wirtschaftliche Lage der konsumierenden Bevölkerung klar zu stellen und sodann durch entsprechende Schritte bei den Faktoren, welche die Handelsverträge vorbereiten, eine gerechtere Verteilung der wirtschaftspolitischen Fürsorge herbeizuführen.

Da es nun unzweifelhaft vor allem der Gemeindevertretung von Wien zukommt, ihre mächtige Stimme für die Wahrung der ihrer Bevölkerung von Rechtswegen zuzubilligenden Berücksichtigung zu erheben und hiedurch auch anderen Stadtvertretungen beispielgebend voranzugehen, stelle ich den Antrag:

Der Gemeinderat betraue einen möglichst bald einzusessenden fünfzehngliedrigen Ausschuß mit der Aufgabe, die unberechtigte Schädigung der legitimen Interessen der städtischen Konsumenten durch bestehende wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen klar zu stellen, hierüber dem Gemeinderate zu berichten und zugleich die Schritte vorzuschlagen, welcher der Gemeinderat zu unternehmen hätte, um einer weiteren Schädigung der angezeigten Art vorzubeugen und insbesondere den autorisierten Vertretern der städt. Konsumenteninteressen den gebührenden Einfluß bei den vorbereitenden Arbeiten für die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Ungarn sowie für die künftigen Handelsverträge zu sichern.

Grundverkauf des Schulbauvereins. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Berichte des StR. Wippl die Erwerbung von zwei Schulbauplätzen im 10. Bezirk beschlossen. Der eine Platz gehört dem St. Philomenen-Kirchenbauverein in Wien, befindet sich an der Dampfstraße, zwischen Heraggasse und Alxingerstraße und hat ein Ausmaß von 2700 m<sup>2</sup>. Nach längeren Verhandlungen gelang es, den Einheitspreis per m<sup>2</sup> mit 50 K festzusetzen. Der genannte Kirchenbauverein verpflichtet sich, den nächst der ~~geplanten~~ Schule geplanten Kirchenbau so aufzuführen, daß eine ausreichende Belichtung der gegen die Kirche gelegenen Lehrzimmer für immer gesichert ist. Der zweite Schulbauplatz wird von der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft angekauft, befindet sich an der Triesterstraße und hat ein Ausmaß von 2390 m<sup>2</sup>. Der Kaufpreis beziffert sich mit 10 K per m<sup>2</sup>.

Bediensteten - Wohnhäuser. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schreiner das Projekt für die Errichtung von Wohnhäusern für Bedienstete und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen am Döblinger Gürtel im 19. Bezirk mit dem Erfordernisse von 1,300.000 K genehmigt. Die Gesamtzahl der in diesen Wohnhäusern untergebrachten Wohnungen beträgt 225; davon sind 7 Wohnungen mit einem Raum, 138 mit zwei und 80 mit 3 Räumen. Ferner wurde die Errichtung von Wohnhäusern für Bedienstete der städt. Straßenbahnen auf den städt. Grundstücken an der Montleart- und Koppstraße im 16. Bezirk mit dem Erfordernisse von 970.000 K genehmigt.

Ein Grundverkauf nächst dem Margareten-Gürtel. In der vorletzten Gemeinderats-Sitzung rief ein Referat des StR. Hallmann über einen Grundverkauf einer Parzelle, welche zwischen Brauhausgasse und Arbeitergasse einerseits, dem Margareten-Gürtel andererseits und einer neu zu eröffnenden Straße andererseits liegt, eine längere Debatte hervor, wobei GR. Kunschak darauf verwies, daß auf die in Frage stehenden Parzellen 613 und 615 nach dem Berichte des Amtsblattes schon im November des Vorjahres ein Angebot von 125 K per m<sup>2</sup> erfolgte, das aber wegen zu niedrigen Preises abgewiesen wurde. Nunmehr will man diesen selben Grund für 90 K per m<sup>2</sup>, allerdings für ~~den~~ Zwecke einer Handelsschule verkaufen. Nach den erfolgten Aufklärungen des Referenten und des GR. Schlechter wurde aber damals der Stadtrats-Antrag vom Gemeinderate genehmigt. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates brachte nun im Anschluß daran GR. Prof. Sturm einen Antrag ein dahin gehend, dem Wiener Bürger Spitalfonds, in dessen Besitz der fragliche Grund sich befindet, eine Differenz zwischen dem in der letzten Gemeinderats-Sitzung beschlossenen Verkaufspreis von 90 K per m<sup>2</sup> und dem damals angebotenen von November 1911 in der Höhe von 125 K per m<sup>2</sup> aus Gemeindemitteln

zu ersetzen. Wir werden nun vom Referenten StR. Hallmann ersucht festzustellen, daß die beiden hier genannten Grundstücke durchaus nicht miteinander identisch sind. Es handelt sich nämlich um eine langgestreckte Grundparzelle, die zwischen den oben genannten Straßen liegt und die noch nicht parzelliert ist. Infolgedessen trägt der Grund dieselbe Parzellennummer. Jener Baugrund, der in der vorletzten Gemeinderats-Sitzung für 90 K per m<sup>2</sup> verkauft wurde, liegt in der neu zu eröffnenden Straße nächst der Johanngasse ganz versteckt, während jener Baugrund, der im November vorigen Jahres für 125 K per m<sup>2</sup> nicht verkauft wurde, eine hervorragende günstige Stelle Ecke der Margarethener-Gürtelstraße und der Arbeitergasse liegt.

WIENER STADTRAT.  
Sitzung vom Mittwoch, 28. Februar 1912.  
Vorsitzende Bürgermeister Dr. Neumayer, VB. Hierhammer, und VB. Hoß.

Nach einem Berichte des StR. Rain wird die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund beim Hause 7. Bezirk, Seidengasse 4 im Ausmaße von 44,58 m<sup>2</sup> mit 25 K per m<sup>2</sup> bestimmt.

Dem Verkaufe des Bierdepots des Brauhauses der Stadt Wien, Realität E. Z. 119, Grundbuch St. Sebastian in Mariazell samt dem darauf erbauten Eishause und Schlepfbahngelände um 20.000 K wird zugestimmt.

Die Parzellierung der Liegenschaft 8. Bezirk, Lerchenfelderstraße 120, Pfeilgasse 29 auf 2 Baustellen und Straßengrund wird genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Schreiner werden die Baullizenzen für eine neue 13,5 m breite Verbindungsstraße zwischen der Friesgasse und Herklotzgasse im 15. Bezirke bestimmt.

Die Abteilung der Liegenschaften E. Z. 731 und 833 in Unterelevierung im 19. Bezirk auf 3 Baustellen und 4 Baustellenteile wird genehmigt (Berichterstatte StR. Hölscher.)

Nach einem Berichte des StR. Grünbeck wird der Parzellierung der Liegenschaft 17. Bezirk, Dornbachg., Heuberggasse, Pönlengasse E. Z. 856 und 1245 auf 3 Baustellen zugestimmt.

Nach dem Antrage des StR. Rain wird ein eigenes Komitee zur Erstattung von Vorschlägen wegen Vermehrung der Zahl der Bürgererhaltungsbeiträge eingesetzt, welches binnen 14 Tagen an den Stadtrat einen Bericht zu erstatten hat.

Erledigte Lehrstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen drei Direktorenstellen, (3. Bezirk Dittrichgasse, 8. Bezirk Josefstädterstraße, beide für Mädchen und 15. Bezirk Goldschlagstraße für Knaben), 7 Oberlehrerstellen und 1 Oberlehrerinnenstelle, ferner 6 Stellen von Religionslehrern für katholischen Religionsunterricht zur Besetzung. Die an den Stadtrat zu richtenden Gesuche sind bis 22. bzw. 23. März l. J. zu überreichen.